

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 17. und 18. September 2022

Der Bundesausschuss kam am 17. und 18. September in Form einer Videokonferenz zu seiner dritten regulären Beratung in 2022 zusammen.

Wie gewohnt startete die Beratung mit den Berichten aus den unterschiedlichen Parteistrukturen. Der Bundesgeschäftsführer Tobias Bank und die stellvertretende Parteivorsitzende Katina Schubert informierten über die aktuellen Themen aus dem Parteivorstand. Der Vorstand hatte sich auf seiner Klausur am vergangenen Wochenende vor allem mit dem Schwerpunkt Energie beschäftigt. Fossile Brennstoffe und Gas müssen durch erneuerbare Energien ersetzt, die Gewinnung eben dieser beschleunigt werden. In Partei und Fraktion liegen klare Beschlussfassungen vor, wie eine Energiewende hin zu nachhaltiger Energieversorgung umgesetzt werden kann und die Bürger*innen in der heutigen Zeit endlich wirkliche Entlastung erfahren könnten. Weiterer Schwerpunkt der Klausur des Parteivorstandes war die Umsetzung der Inhalte des Parteitagbeschlusses P.13 »Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE«. Hierzu wurden ein Verhaltenskodex und der Leitfaden für die Vertrauensgruppe(n) beschlossen, außerdem wurde eine vorläufige Vertrauensgruppe ernannt und der Beschluss gefasst eine Feministische Kommission zu berufen. Letzterer sollen Vertreter*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid], Genoss*innen mit Fachkenntnis und Vertreter*innen der Landesverbände und Zusammenschlüsse angehören.

Aus den Parlamenten berichteten Thomas Lutze (MdB) für die Bundestagsfraktion und Cornelia Ernst (MdEP) aus dem Europaparlament. Cornelia Ernst teilte mit, dass auch auf europäischer Ebene aktuell Energie und die damit verbundenen Preisentwicklungen, aber auch Börsenspekulationen in diesem Zusammenhang die Schwerpunktthemen seien. In Mitgliedsstaaten der EU zeigen sich starke Verarmungstendenzen der Bevölkerung. Lösungsansätze von Ursula von der Leyen sind ungenügend, weder zielführend noch nachhaltig. Sie zielen lediglich darauf ab, eine Übergewinnerkennung von Unternehmen zu verzögern und somit eine schnelle Umsetzung einer Übergewinnsteuer, sofern sie denn überhaupt eingeführt würde, zu verhindern. Stattdessen möchte von der Leyen auf die Gründung einer Task Force und auf umweltschädliches Flüssiggas aus Norwegen, welches eigentlich als Abfallprodukt galt, setzen. Auch eine Deckelung des Strompreises, wie wir sie verstehen würden, soll es nicht geben, stattdessen appelliert sie an die Bevölkerung den Stromverbrauch zu reduzieren.

Für die Bundestagsfraktion berichtete Thomas Lutze. Er betonte, dass sich die häufig aus den eigenen Reihen kritisierte Zusammenarbeit von Fraktion und Parteivorstand seit dem letzten Parteitag deutlich verbessert hat. Er sprach auch den aktuellen internen Konflikt in der Bundestagsfraktion an. Ob eine Übereinkunft in der Fraktion gefunden werden kann, sei, so Lutze, noch unklar. Er appellierte an die Beteiligten Vernunft walten zu lassen. Das Verfahren, wie Redebeiträge unserer Fraktion im Deutschen Bundestag ausgewählt werden, fand aus den Reihen des Bundesausschusses Kritik.

Judith Benda und Claudia Haydt berichteten für die Europäische Linke. Da die Wahl eines neuen Vorstandes der Europäischen Linken bevorsteht, hielten die beiden außerdem ihren Rechenschaftsbericht, welcher den Mitgliedern des Bundesausschusses auch schriftlich vorlag. In der Europäischen Linken ist nach wie vor der Russland-Ukraine-Krieg Schwerpunktthema. Die EU setzt auf Offensive statt auf Diplomatie und formulierte bisher keine offenen Forderungen nach einem Waffenstillstand. Stattdessen wird eine militärische Ausbildungsmission geplant. Auch Deutschland plant eine Aufstockung des Etats für Militär und Waffen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Die durch den Krieg entstehende Angst der Bevölkerungen ist in ganz Europa Nährboden für extreme Rechte. Mehr denn je bedarf es deshalb einer starken linken Kraft in Europa. Die Europäische Linke setzt sich aus den unterschiedlichsten linken Parteien zusammen, die in ihren Ländern teilweise regieren, die Opposition bilden oder in den Parlamenten gar nicht vertreten sind, demnach sind die Interessen breit gefächert, was die Zusammenarbeit teilweise vor Herausforderungen stellt, oft wirkt das Konsensprinzip.

Felix Mönkemeyer und Charlotte Roffalski berichteten für den Jugendverband Linksjugend [´solid] und den Studierendenverband DIE LINKE.SDS. Der Bericht aus dem Jugendverband konzentrierte sich vor allem auf die Mitgliederentwicklung. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von ca. 1,3% zu verzeichnen. Gründe hierfür sind zum Teil aktive Austritte, aber auch die Überschreitung der 35 Lebensjahre. Aktuell gehören unserem Jugendverband 8.034 Mitglieder an. Der Studierendenverband DIE LINKE.SDS arbeitet momentan auf Hochtouren an der Organisation des »System Change Congress«, welcher vom 28.-30. Oktober in Leipzig stattfinden wird.

Für das Bundesausschusspräsidium sprach Martin Günther. Das Präsidium nahm rotierend an den Sitzungen des Parteivorstandes teil und hielten eine gemeinsame Videokonferenz mit dem geschäftsführenden Parteivorstand ab. Themen waren hier erste Überlegungen zur Europawahl, Umsetzungen zum Heißen Herbst und die aktuelle Situation der Partei. Außerdem fand ein Gespräch mit Bundesschatzmeister Harald Wolf statt. Das Budget des Bundesausschusses für 2022 sei bereits erschöpft, dennoch konnte eine Lösung gefunden werden die Beratung im November in Präsenz durchzuführen. Das Präsidium äußerte außerdem in seinem Bericht den Wunsch die 16 Landesverbände und bundesweiten Zusammenschlüsse besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu fördern. Die Mitglieder des Bundesausschusses sind deshalb gebeten worden Gespräche in ihren Ländern und Zusammenschlüssen zu suchen und Wünsche und Arbeitsaufträge in den Bundesausschuss zu tragen.

Es folgte eine Diskussion.

Im weiteren Verlauf des ersten Beratungstages beschäftigte sich der Bundesausschuss mit Aktionen und Vorhaben rund um den Aktionstag und die Kampagne zum Heißen Herbst. Hier stellte Bundesgeschäftsführer Tobias Bank den Parteivorstandsbeschluss »Ein Heißer Herbst gegen die soziale Kälte der Regierung« vor. Einmalzahlungen sind keine Lösung für die Bevölkerung, weitere Lösungsansätze der Regierung kommen nur den Besserverdienenden zu gute. Es bedarf langfristiger Lösungen wie zum Beispiel der Übergewinnbesteuerung und einer Nachfolge des 9-Euro-Tickets um die Bevölkerung langfristig vor Armut zu schützen.

Letzter Tagesordnungspunkt an diesem ersten Beratungstag war die Bildung einer Reformkommission, hierbei handelte es sich um einen Antrag an den Erfurter Parteitag 2022, welcher an den Bundesausschuss überwiesen wurde. Die Kommission soll Vorschläge zur Weiterentwicklung und künftigen Zusammenarbeit von Bundesausschuss und Parteivorstand erarbeiten und auf dem Parteitag 2023 präsentieren. Über den Beschluss zur Bildung der Kommission hinaus wurde ein weiterer Beschluss getroffen, welcher beinhaltet, den Parteivorstand zu bitten, ein Mitglied des Bundesausschusses in diese Kommission aufzunehmen; hier gab es bereits eine mündliche Zusage von Seiten des Parteivorstandes. Die Benennung des Reformkommissionsmitglieds soll auf der Beratung im November erfolgen.

Auch der zweite vom Bundesparteitag an den Bundesausschuss überwiesene Leitantrag »DIE LINKE aufbauen« wurde beschlossen.

Der zweite Beratungstag stand voll im Fokus des Parteitages der Europäischen Linken, welcher in Wien stattfinden wird. Der Bundesausschuss wählte acht Delegierte und Vorschläge für den neuen Vorstand der Europäischen Linken sowie einen Vorschlag für das politische Sekretariat.

Als Delegierte gewählt wurden Judith Benda, Ulrike Grosse-Röthig, Konstanze Kriese, Daphne Weber, Martin Günther, Stefan Kunath, Fotis Matentzoglou und Markus Pohle. Für den Vorstand schlägt der Bundesausschuss der Europäischen Linken Marika Tändler-Walenta und Janis Ehling und für das politische Sekretariat Claudia Haydt vor.

Weitere Beschlüsse zum Ende der zweitägigen Beratung waren der »Sitzungsplan des Bundesausschusses für 2023«, die »Regularien zur hauptamtlichen Ausführung von Parteiämtern« und die »Statusaberkennung der BAG Agrarpolitik als bundesweiter Zusammenschluss«, da sich diese bereits im November 2018 aufgelöst hat.

Die nächste Beratung des Bundesausschusses findet am 19. und 20. November 2022 in Berlin statt.

19. September 2022

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg